

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

16. WP - 65. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. Februar 2009, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Ursula Sassen (CDU) stellv. Vorsitzende
Heike Franzen (CDU)
Torsten Geerds (CDU)
Niclas Herbst (CDU)
Frauke Tengler (CDU)
Wolfgang Baasch (SPD)
Peter Eichstädt (SPD)
Jutta Schümann (SPD)
Heiner Garg (FDP)
Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Errichtung eines Notarztstandorts in Kappeln	5
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2056	
2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens	6
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2205	
b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens	
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/2215	
c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2345	
3. a) Situation älterer Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1461	
b) Situation von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein	
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/1846	
4. a) Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2147	
b) Strompreisstruktur ökologisch und sozial ausgestalten	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2164	

- | | |
|--|----|
| 5. Transparenter und gerechter Zugang zu Organspenden | 10 |
| Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1943 | |
| 6. Kindergeldzuschlag und Wohngeld anstatt Hartz IV | 11 |
| Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2364 | |
| 7. Bericht zum Schleswig-Holsteinischen Integrationskonzept und zum Nationalen Integrationsplan | 12 |
| Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2188 | |
| 8. Verschiedenes | 13 |

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Sassen, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Errichtung eines Notarztstandorts in Kappeln

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2056

(überwiesen am 28. Mai 2008)

M Dr. Trauernicht berichtet, der Kreis Schleswig-Flensburg und die Krankenkassen hätten sich nach intensiven Verhandlungen auf die Einrichtung eines Notarztstandortes im östlichen Angeln verständigt. Eingerichtet worden sei er zunächst im Sinn einer Interimslösung in Kappeln am Standort der Margarethen-Klinik. Neben Ärzten aus dieser Klinik wirkten Ärztinnen und Ärzte aus der Diakonissenanstalt Flensburg, dem Schlei-Klinikum Schleswig und niedergelassene Ärzte aus dem Raum Kappeln mit. Der Vollbetrieb habe Mitte Oktober/Anfang November 2008 aufgenommen werden können. Die Vereinbarungspartner hätten entschieden, das Einsatzgeschehen im April/Mai 2009 auszuwerten und auf der Grundlage dieser Auswertung über einen dauerhaften Standort zu entscheiden. Dabei sollten auch die Auswirkungen auf die Notarztstandorte in Flensburg, Schleswig und Eckernförde betrachtet werden.

Im Einvernehmen mit dem Antragsteller empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/2056 für erledigt zu erklären.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2205

b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2215

(überwiesen am 11. September 2008 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2345

(überwiesen am 10. Dezember 2008)

hierzu: Umdrucke 16/3650, 16/3758, 16/3760, 16/3766, 16/3845, 16/3853,
16/3873, 16/3876, 16/3887, 16/3894, 16/3898, 16/3905

Der Ausschuss stellt die Beratung bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Situation älterer Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1461

(überwiesen am 14. September 2007 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/3347, 16/3469, 16/3502, 16/3506, 16/3507, 16/3519,
16/3523, 16/3534, 16/3634, 16/3689

b) Situation von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1846

(überwiesen am 28. Mai 2008 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/3340, 16/3347, 16/3379, 16/3436, 16/3469, 16/3502,
16/3505, 16/3506, 16/3507, 16/3519, 16/3523, 16/3534,
16/3565, 16/3634, 16/3689

Der Ausschuss wendet sich zunächst den Bericht der Landesregierung über die Situation älterer Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1461, zu.

Auf Fragen der Abg. Birk legt Herr Kunkat dar, mit dem Berichtsantrag habe der Landtag bezweckt, dass die Verbände, die Leistungserbringer und die Leistungsträger im Landtag für das Thema sensibilisiert würden. Das sei insgesamt gelungen. Aufseiten der Leistungserbringer gebe es eine lebhaft und noch immer andauernde Diskussion über die Erbringung der Leistungen. Das Thema Teilhabebedarf sei insoweit ein schwieriges Feld, als es sich um verschiedene Leistungssysteme handele. Hier gebe es eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, in der über die Pflegebedürftigkeitsbegriffe neu nachgedacht werde. Von einer Klärung dieser Frage verspreche sich die Landesregierung Klarheit im Umsetzungsgeschehen der Leistungen für Menschen mit Behinderung. Im Zuge der anstehenden Reform auf Bundesebene werde die Frage der Abgrenzung von Pflegebedarf und Teilhabebedarf eine große Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund sei man auf Landesebene derzeit etwas zurückhaltend und setze darauf, dass diese Frage grundsätzlich geklärt werde.

Abg. Baasch weist darauf hin, dass es zum Thema der Situation älterer Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein eine Broschüre der Landesregierung gebe. Aus dieser gehe deutlich hervor, dass sich das Land der Herausforderung in diesem Bereich gestellt habe. Was die Abgrenzung zwischen Pflegebereich und Eingliederungshilfe gehe, werde dies der anstehenden aktuellen Diskussion über das Pflegegesetzbuch II eine Rolle spielen. Er beantragt sodann, den Bericht abschließend zur Kenntnis zu nehmen. - Der Ausschuss beschließt in diesem Sinn.

Zu der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Situation von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1846, regt Abg. Franzen an, mit den kommunalen Landesverbänden über das Thema Eingliederungshilfe und mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über das Thema Teilhabe zu diskutieren. - Der Ausschuss kommt überein, eine derartige Diskussion in seiner nächsten Sitzung zu führen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2147

b) Strompreisstruktur ökologisch und sozial ausgestalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2164

(überwiesen am 17. Juli 2008 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Sozialaus-
schuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdruck 16/3888 (neu)

Abg. Birk und Abg. Dr. Garg erklären, ihre jeweiligen Anträge aufrechtzuerhalten.

Abg. Baasch kündigt an, dass sich die Koalition dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses anschließen werde.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP betreffend Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein, Drucksache 16/2147.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er die Ablehnung des Antrags der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Strompreisstruktur ökologisch und sozial ausgestalten, Drucksache 16/2164.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Transparenter und gerechter Zugang zu Organspenden

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1943

(überwiesen am 18. Juni 2008 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/3858

Abg. Birk erinnert daran, dass es Unstimmigkeiten gebe, die zwischen den verschiedenen Instanzen mit sensiblen Organdaten umgegangen werde, und bittet um einen Sachstandsbericht.

M Dr. Trauernicht legt dar, ausgehend von der Beschlussfassung der Gesundheitsministerkonferenz gebe es folgenden Sachstand: Die DSO erarbeite einheitliche Vorgaben für die Tätigkeitsberichte. Ein erster Entwurf sei den Vertragspartnern zugegangen. Über diesen Entwurf werde derzeit diskutiert. Ein abschließender Vorschlag liege dem Bundesgesundheitsministerium derzeit nicht vor. Die Bundesregierung sei vom Bundestag aufgefordert worden, einen Bericht zur Situation der Transplantationsmedien vorzulegen. Dieser solle im ersten Halbjahr 2009 veröffentlicht werden. Die Landesregierung gehe davon aus, dass in diesem Zusammenhang auch über das hier in Rede stehende Thema berichtet werde.

Abg. Schümann erkundigt sich nach der Organspendebereitschaft. M Dr. Trauernicht berichtet, in Schleswig-Holstein sei ein positiver Trend zu verzeichnen. So habe es in 2007 31 Organspenden, in 2008 48 Organspenden gegeben. Die Aktivitäten der Landesregierung schiene in die richtige Richtung zu gehen. Daran solle angeknüpft werden. In den anderen norddeutschen Bundesländern, Hamburg, Bremen und Niedersachsen, sei ein Rückgang der Spendenbereitschaft zu verzeichnen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1943 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Kindergeldzuschlag und Wohngeld anstatt Hartz IV

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2364

(überwiesen am 12. Dezember 2008)

Herr Büchmann berichtet, seit dem 1. Januar 2009 gelte eine Erlass- und Gesetzeslage. Sie ermögliche es den Ämtern, sich genauer abzustimmen. Er bietet sodann an, dem Ausschuss eine ausführliche Unterlage in schriftlicher Form zuzuleiten. - Dieses Angebot nimmt der Ausschuss an.

Abg. Birk regt daraufhin an, die Beratung bis zur Vorlage der angekündigten Materialien zurückzustellen.

Abg. Baasch macht darauf aufmerksam, dass in der nächsten Plenartagung einige Anträge beraten würden, die in diesem Themenkreis hineinpassten. Im Grund halte er den Inhalt des vorliegenden Antrags bereits von der weiteren Entwicklung eingeholt. Er regt an, diesen Antrag gemeinsam mit den erwähnten Anträgen zu beraten. - Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag zu und stellt die Beratung bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht zum Schleswig-Holsteinischen Integrationskonzept und zum Nationalen Integrationsplan

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2188

(überwiesen am 13. November 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/3704, 16/3728, 16/3744, 16/3778, 16/3815

Um die eingegangenen Stellungnahmen auswerten zu können, bittet Abg. Birk darum, die Beratung zunächst zurückzustellen.

Für den Fall, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss eine mündliche Anhörung zu diesem Thema durchführen will, bittet er um rechtzeitige Beteiligung. Abg. Baasch macht deutlich, er habe fraktionsintern darum gebeten, den Sozialbereich an der Beratung dieses Berichts der Landesregierung zu beteiligen. Auch er schlägt vor, von einer abschließenden Bewertung in der heutigen Sitzung abzusehen. Sodann regt er an, sich bei zwei Projekten der Türkischen Gemeinde in Kiel-Gaarden, AIM und ANMSH, zu informieren.

Abg. Tengler weist darauf hin, dass es sich bei diesem Vorschlag um einen gemeinsamen Vorschlag der Koalition handelt und stimmt im Übrigen den Ausführungen des Abg. Baasch zu. - Der Ausschuss kommt überein, in diesem Sinn zu verfahren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Die Geschäftsführung des Ausschusses wird beauftragt, zum Pflegegesetzbuch II eine Synopse der eingegangenen Stellungnahmen zu erstellen.

Abg. Birk bittet darum, in der nächsten Sitzung Verfahrensfragen zum PGB II zu diskutieren.

Abg. Baasch sagt auf eine Frage der Abg. Birk, angestrebt werde, die zweite Lesung des PGB II in der Juni- oder August-Tagung des Landtages durchzuführen.

b) Abg. Birk informiert darüber, dass der Bildungsausschuss in seiner nächsten Sitzung über das Thema Medizinstudienplatz an den beiden Universitätsstandorten diskutieren werde.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Sassen, schließt die Sitzung um 14:55 Uhr.

gez. Ursula Sassen

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin